

Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen

von

Dr. Karl-Friedrich Steinert, Kai-Uwe Theede, Dr. Jens Knop

9. Auflage

Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen – Steinert / Theede / Knop

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Mobiliarvollstreckung



Verlag C.H. Beck München 2013

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 59126 6

III. Ausländische Schiedssprüche

- die Bildung des Schiedsgerichts oder das Verfahren einer Parteivereinbarung oder mangels einer solchen dem Recht des Landes, in dem das Schiedsverfahren stattfand, nicht entsprochen hat,
- der Schiedsspruch für die Parteien noch nicht verbindlich ist oder dass er von einer zuständigen Behörde des Landes, in dem oder nach dessen Recht er ergangen ist, aufgehoben oder in seinen Wirkungen einstweilen gehemmt worden ist, dh noch einem Rechtsbehelf, von einem Aufhebungsantrag wie § 1059 ZPO abgesehen, an ein Schieds- oder staatliches Gericht unterliegt,²⁰¹
- oder das Anerkennungsgericht feststellt, dass – alternativ – 437
 - der Streitgegenstand nach deutschem Recht nicht schiedsfähig ist,
 - die Anerkennung oder Vollstreckung des Schiedsspruchs zu einem der öffentlichen Ordnung (ordre public) widersprechenden Ergebnis führt.
- Die Aufzählung der Aufhebungsgründe ist abschließend. Fehlerhafte Anwendung des (richtigen) materiellen Rechts ist kein Aufhebungsgrund.²⁰² Diese Aufhebungsgründe entsprechen bis auf Art. 5 Abs. 1 Buchst. e UNSchÜ denen für die Aufhebung eines inländischen Schiedsspruchs nach § 1059 ZPO. 438
- Der Schuldner kann im Vollstreckbarerklärungsverfahren **Einwendungen** gegen den Anspruch selbst erheben, die er mit der Vollstreckungsgegenklage gemäß § 767 Abs. 2 ZPO geltend machen könnte, die also nach dem Zeitpunkt entstanden sind, zu dem sie der Schuldner spätestens im Schiedsverfahren hätte geltend machen können.²⁰³ 439
- Das Gericht muss vor der Entscheidung den Gegner unter Übersendung des Antrages **hören** (§ 1063 Abs. 1 Satz 2 ZPO). 440
- Über den Antrag kann ohne mündliche Verhandlung entschieden werden; **mündliche Verhandlung** ist jedoch anzuordnen, wenn die Aufhebung beantragt wird oder Aufhebungsgründe nach § 1059 Abs. 2 ZPO in Betracht kommen, ebenso auf ausdrücklichen Antrag einer Partei.²⁰⁴ Die dort genannten Aufhebungsgründe entsprechen im wesentlichen denen des Art. 5 Abs. 1 Buchst. a-d und Abs. 2 UNSchÜ. 441
- Der Vorsitzende **kann** ohne vorherige Anhörung des Gegners **gestatten**, dass der Antragsteller bis zur Entscheidung die Zwangsvollstreckung aus dem Schiedsspruch betreiben darf, jedoch nicht über Maßnahmen der Sicherungsvollstreckung hinaus. Der Antragsgegner ist befugt, durch Sicherheitsleistung in Höhe des vollstreckbaren Betrags die Zwangsvollstreckung abzuwenden (§ 1063 Abs. 3 ZPO). 442
- Ist bei der ausländischen Behörde des Landes, in dem oder nach dessen Recht der Schiedsspruch ergangen ist, ein Antrag auf Aufhebung oder einstweilige Wirksamkeitshemmung gestellt, kann das OLG das Verfahren **aussetzen** oder auf Antrag des Gläubigers dem Schuldner die Leistung einer Sicherheit auferlegen (Art. 6 UNSchÜ). 443
- Die Entscheidung ergeht in jedem Fall durch zu begründenden **Beschluss** (§ 1063 Abs. 1 S. 1 ZPO); in einfach gelagerten Fällen kann für die Begründung die Bezugnahme auf den Schiedsspruch genügen.²⁰⁵ Der Beschluss ist für vorläufig vollstreckbar zu erklären (§ 1064 Abs. 2 ZPO). Er ist der alleinige Vollstreckungstitel, für ihn gilt der Bestimmtheitsgrundsatz.²⁰⁶ 444

²⁰¹ BGH WM 2001, 971; BGHZ 52, 184; NJW 1984, 2763; Zöller/Geimer § 1061 ZPO Rn. 24.

²⁰² BGH NJW 1990, 3211.

²⁰³ BGH NJW-RR 1993, 1289; 1990, 3210; NJW 1961, 1067; Zöller/Geimer § 1061 ZPO Rn. 21.

²⁰⁴ Zöller/Geimer § 1063 ZPO Rn. 2.

²⁰⁵ BGH NJW 1999, 2974; Zöller/Geimer § 1063 ZPO Rn. 6.

²⁰⁶ Zöller/Geimer § 1060 ZPO Rn. 22, § 1061 ZPO Rn. 66.

B. Vollstreckbarerklärung

445 Vollstreckbarerklärung:

Beschluss

In dem Verfahren auf Vollstreckbarerklärung
..., Schiedskläger.. und Antragsteller..
Verfahrensbevollmächtigter: ...
gegen
..., Schiedsbeklagte. und Antragsgegner..
Verfahrensbevollmächtigter : ...
hat das Oberlandesgericht ... – . . Zivilsenat – am ... beschlossen:
Der von dem Schiedsgericht in ... (Ort)/... (Land) [bestehend aus den Schiedsrichtern ..., ..., ...] am ... erlassene Schiedsspruch wird für vollstreckbar erklärt.
Der Schiedsspruch lautet [in Übersetzung]:
„ ... “
D.. Antragsgegner.. trägt die Kosten dieses Verfahrens.
Dieser Beschluss ist vorläufig vollstreckbar.
Gründe:
...

446 Der Antrag auf Vollstreckbarerklärung ist dagegen unter Feststellung der Nichtanerkennung des Schiedsspruchs im Inland **abzulehnen** (§ 1061 Abs.2 ZPO), wenn einer der in Art. 5 UNSchÜ aufgeführten Versagungsgründe vorliegt. In diesem Fall ist **mündliche Verhandlung** zwingend erforderlich, ab deren Anordnung besteht **Anwaltszwang** (§ 1063 Abs. 2, 4 ZPO). Eine Aufhebung ausländischer Schiedssprüche ist ausgeschlossen.²⁰⁷

447 Ablehnung der Vollstreckbarerklärung:

Beschluss

In dem Verfahren auf Vollstreckbarerklärung
..., Schiedskläger.. und Antragsteller..
Verfahrensbevollmächtigter: ...
gegen
..., Schiedsbeklagte. und Antragsgegner..
Verfahrensbevollmächtigter: ...
hat das Oberlandesgericht ... – .. Zivilsenat – aufgrund der mündlichen Verhandlung vom ... beschlossen:
Der Antrag auf Vollstreckbarerklärung des von dem Schiedsgericht in ... (Ort)/... (Land) [bestehend aus den Schiedsrichtern ..., ..., ...] am ... erlassenen Schiedsspruchs wird zurückgewiesen.
Der am ... von dem Schiedsgericht in ... (Ort)/... (Land) am ... erlassene Schiedsspruch ist in Deutschland nicht anzuerkennen.
D.. Antragssteller.. trägt die Kosten dieses Verfahrens.
Dieser Beschluss ist vorläufig vollstreckbar.
Gründe:
...

448 Die Beschlüsse sind **zuzustellen** (§ 329 Abs.3 ZPO). Sie bedürfen der Vollstreckungsklausel; zu deren Erteilung → A Rn. 89 ff. Eine Wartefrist ist nicht einzuhalten (vgl. § 798 ZPO).

449 **Kosten.** Für das Verfahren über die Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Schiedsspruchs entsteht gemäß KV Vorb. 1.5 (vor Nr. 1510) GKG eine 2,0-Gerichts-

²⁰⁷ Zöller/Geimer § 1061 ZPO Rn. 1.

III. Ausländische Schiedssprüche

gebühr nach KV Nr. 1620 GKG, der Rechtsanwalt erhält eine 1,3-Verfahrensgebühr nach VV Nr. 3100 RVG sowie ggf. eine 1,2-Terminsgebühr nach VV Nr. 3104 RVG. Der **Streitwert** ergibt sich aus dem Wert des zu vollstreckbaren Titels ohne Zinsen; Kosten sind nur zu berücksichtigen, wenn über sie ziffernmäßig erkannt ist.²⁰⁸

Rechtsbehelfe. Gegen den ablehnenden oder stattgebenden Beschluss findet die Rechtsbeschwerde statt (§§ 1065 Abs. 1 S. 1, 1062 Abs. 1 Nr. 4 ZPO). Sie kann auch darauf gestützt werden, dass die Entscheidung auf einer Verletzung eines Staatsvertrags beruht (§ 1065 Abs. 2 ZPO). 450

Kosten. Für das Rechtsbeschwerdeverfahren über die Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Schiedsspruchs entsteht gemäß KV Vorb. 1.5 (vor Nr. 1510) GKG eine 3,0-Gerichtsgebühr nach KV Nr. 1628 GKG, der Rechtsanwalt erhält gemäß VV Vorb. 3.2.2.1a (vor Nr. 3206) eine 1,6-Verfahrensgebühr nach VV Nr. 3206 RVG sowie ggf. eine 1,5-Terminsgebühr nach VV Nr. 3210 RVG. 451

Aufhebung der Vollstreckbarerklärung. Wird der Schiedsspruch im Ausland rechtskräftig aufgehoben, nachdem er im Inland für vollstreckbar erklärt worden war, kann der Schuldner nach Maßgabe des § 1061 Abs. 3 ZPO die Aufhebung der Vollstreckbarerklärung beantragen. Gegen die Entscheidung findet die Rechtsbeschwerde statt (§§ 1065 Abs. 1 S. 1, 1062 Abs. 1 Nr. 4 ZPO). 452

Kosten. Für das Verfahren über die Aufhebung einer Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Schiedsspruchs entsteht gemäß KV Vorb. 1.5 (vor Nr. 1510) GKG eine 2,0-Gerichtsgebühr nach KV Nr. 1620 GKG, der Rechtsanwalt erhält eine 1,3-Verfahrensgebühr nach VV Nr. 3100 RVG sowie ggf. eine 1,2-Terminsgebühr nach VV Nr. 3104 RVG. Die Kosten der Rechtsmittel sind die gleichen wie im Verfahren auf Vollstreckbarerklärung (→ Rn. 451). 453

2. Sonstige zwischenstaatliche Vereinbarungen

Genfer Protokoll über die Schiedsklauseln im Handelsverkehr vom 24. 9. 1923, RGBl. 1925 II 47²⁰⁹

Genfer Abkommen zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 26. 9. 1927, RGBl. 1930 II 1068²¹⁰

EuSchÜ²¹¹ und AusfG vom 17. 4. 1964, BGBl. II 425

Pariser Vereinbarung über die Anwendung des Europäischen Übereinkommens über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit vom 17. 12. 1962, BGBl. 1964 II 449²¹² und AusfG vom 17. 4. 1964, BGBl. II 448

Belgien: Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden vom 30. 6. 1958, BGBl. 1959 II 766²¹³ und AusfG vom 26. 6. 1959, BGBl. I 425) geändert durch Art. 2 § 5 SchiedsVfG vom 22. 12. 1997, BGBl. I 3224 und Art. 22 ZPO-RG vom 22. 7. 2001, BGBl. I 1887

Griechenland: Vertrag über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen vom 11. 5. 1938, RGBl. 1939 II 849²¹⁴ und vom 4. 11. 1961, BGBl. 1963 II 109 und AusfG vom 5. 2. 1963, BGBl. I 129, geändert am 3. 12. 1976, BGBl. I 3281, durch Art. 2 § 9 SchiedsVfG vom 22. 12. 1997, BGBl. I 3224 und Art. 26 ZPO-RG vom 22. 7. 2001, BGBl. I 1887

²⁰⁸ BGH ZZZ 1957, 234.

²⁰⁹ Abgedruckt bei Geimer/Schütze IVR C I 1–710.

²¹⁰ Abgedruckt bei Geimer/Schütze IVR C I 2–712.

²¹¹ Abgedruckt bei Geimer/Schütze IVR C I 4–716.

²¹² Abgedruckt bei Geimer/Schütze IVR C I 4 d – 717.

²¹³ Abgedruckt bei Geimer/Schütze IVR B II – 610.

²¹⁴ Abgedruckt bei Geimer/Schütze IVR B II – 620.

B. Vollstreckbarerklärung

Italien: Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 9. 3. 1936, RGBl. 1937 II 145;²¹⁵ Wiederinkraftsetzung vom 23. 12. 1952, BGBl. II 986 und AusfVO vom 18. 5. 1937, RGBl. II 143, geändert durch Art. 2 § 4 SchiedsVfG vom 22. 12. 1997 BGBl. I 3224 und Art. 19 ZPO-RG vom 22. 7. 2001, BGBl. I 1887

Niederlande: Vertrag über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen und anderer Schultitel in Zivil- und Handelssachen vom 30. 8. 1962, BGBl. 1965 II 27, 1971 II 11²¹⁶ und AusfG vom 5. 1. 1965, BGBl. I 17, geändert am 3. 12. 1976, BGBl. I 3281, durch Art. 27 ZPO-RG vom 22. 7. 2001, BGBl. I 1887

Österreich: Vertrag über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Vergleichen und öffentlichen Urkunden vom 6. 6. 1959, BGBl. 1960 II 1246, 1523²¹⁷ und AusfG vom 8. 3. 1960, BGBl. I 169, geändert am 3. 12. 1976, BGBl. I 3281, durch Art. 2 § 6 SchiedsVfG vom 22. 12. 1997, BGBl. I 3224 und Art. 23 ZPO-RG vom 22. 7. 2001, BGBl. 2001 I 1887

Schweiz: Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Schiedssprüchen vom 2. 11. 1929, RGBl. 1930 II 1066 und AusfVO vom 23. 8. 1930, RGBl. 1930 II 1209,²¹⁸ geändert durch Art. 2 § 3 SchiedsVfG vom 22. 12. 1997, BGBl. I 3224 Art. 18 ZPO-RG vom 22. 7. 2001, BGBl. 2001 I 1887)

Tunesien: Vertrag über Rechtsschutz und Rechtshilfe, die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie über die Handelschiedsgerichtsbarkeit vom 19. 7. 1966, BGBl. 1969 II 890²¹⁹ und AusfG vom 29. 4. 1969, BGBl. I 333, geändert am 3. 12. 1976, BGBl. I 3281, am 17. 12. 1990, BGBl. I 2847, am 28. 10. 1996, BGBl. 1996 I 1546, durch Art. 2 § 10 SchiedsVfG vom 22. 12. 1997, BGBl. I 3224, am 27. 6. 2000, BGBl. 2000 I 897 und Art. 28 ZPO-RG vom 22. 7. 2001, BGBl. 2001 I 1887

Vereinigte Staaten: Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrag vom 25. 10. 1954, BGBl. 1956 II 488, 763²²⁰ Art. VI Abs. 2

ZPO §§ 1061 ff.

GKG § 3 Abs. 2, KV Nr. 1520, 1620, 1628, 1812

RVG VV Nr. 3100, 3104, 3200, 3202

Schrifttum: Bülow/Böckstiegl, Der internationale Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen, C I 1, 2, 4, C II.

- 454 Das **Genfer Abkommen** zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche von 1927 und das **Genfer Protokoll** über die Schiedsklauseln von 1923 sind Vorläufer des UNSchÜ, an deren Stelle es gemäß Art. 7 Abs. 2 UNSchÜ getreten ist. Die beiden Abkommen sind für Deutschland am 1. 12. 1930 bzw. am 27. 12. 1924 in Kraft getreten und gelten nur noch im Verhältnis zu **Irak** und **Myanmar** (früher Birma).
- 455 Das **EuSchÜ** von 1961 ist neben das **UNSchÜ** getreten. Es gilt im Verhältnis zu Albanien, Aserbaidschan, Belarus, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Italien, (ehemaliges) Jugoslawien, Kasachstan, Kroatien, Kuba, Lettland, Luxemburg, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Obervolta, Österreich, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Serbien, Slowakei, Slowenien, (ehemalige) Sowjetunion, Spanien, Tschechien, (ehemalige) Tschechoslowakei, Türkei, Ukraine, Ungarn.
- 456 Das **EuSchÜ** regelt die Anerkennung und Vollstreckung eines Schiedsspruchs nur insoweit, als es in Art. 9 Abs. 1 die Versagung der Anerkennung und Vollstreckung eines Schiedsspruchs, der im Ursprungsland aufgehoben worden ist, auf **vier Versagungsgründe** hinsichtlich der Wirksamkeit der Schiedsvereinbarung, der Kennt-

²¹⁵ Abgedruckt bei Geimer/Schütze IVR B II – 630.

²¹⁶ Abgedruckt bei Geimer/Schütze IVR B II – 640.

²¹⁷ Abgedruckt bei Geimer/Schütze IVR B II – 650.

²¹⁸ Abgedruckt bei Geimer/Schütze IVR B II – 660.

²¹⁹ Abgedruckt bei Geimer/Schütze IVR A II – 515.

²²⁰ Abgedruckt bei Geimer/Schütze IVR C II 2–746.

III. Ausländische Schiedssprüche

- nis vom Schiedsverfahren und der Verteidigungsmöglichkeit, der Zuständigkeit des Schiedsgerichts, seiner Bildung und seines Verfahrens **beschränkt**.
- Im Verhältnis der Mitgliedstaaten des EuSchÜ wird durch Art. 9 Abs. 2 ausdrücklich auch das UNSchÜ insoweit abgeändert; das EuSchÜ geht ihm als jüngeres vor.²²¹ Damit wird der Versagungsgrund nach Art. 5 Abs. 1 Buchst. e UNSchÜ – mangelnde endgültige Verbindlichkeit oder Aufhebung des Schiedsspruchs – im Verhältnis der Vertragspartner des EuSchÜ auf die vier Versagungsgründe des Art. 9 Abs. 1 EuSchÜ beschränkt (Art. 9 Abs. 2 EuSchÜ). Das Europäische Übereinkommen enthält aber keine Bestimmung, dass die Anerkennung eines Schiedsspruchs im Ursprungsland für das Gericht des Staates, im welchem er vollstreckt werden soll, bindend ist.
- Die **Pariser Vereinbarung** zum EuSchÜ, die nur im Verhältnis zu Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Luxemburg, Moldau und Österreich gilt, betrifft nur die Bildung und die Tätigkeit des Schiedsgerichts, nicht aber die Vollstreckung.
- Sowohl das UNSchÜ nach Art. 7 wie das EuSchÜ nach Art. 10 lassen die Gültigkeit anderer zwischenstaatlicher Vereinbarungen unberührt. Damit kann sich eine Partei grundsätzlich auf die günstigere Regelung in einem anderen Staatsvertrag berufen.
- Aufgrund der zweiseitigen Verträge**
- mit **Belgien** in Art. 13 Abs. 2, **Griechenland** in Art. 14, **Italien** in Art. 8, **Österreich** in Art. 12 Abs. 3, **Schweiz** in Art. 9, **Tunesien** in Art. 52 Abs. 2 ist auch die Anerkennung und Vollstreckung von **Schiedsvergleichen** möglich oder
 - mit **Belgien** in Art. 13 Abs. 1, mit den **Vereinigten Staaten** in Art. 6 Nr. 2 werden die Versagungsgründe auf die Verletzung des **ordre public** beschränkt.
- Der Vertrag mit den **Niederlanden** verweist in Art. 17 für Schiedssprüche nur auf das UNSchÜ, das nach § 1061 ZPO unmittelbar und generell gilt.
- Hinsichtlich der Grundsätze für das Vollstreckbarerklärungsverfahren nach den – zwar ähnlichen, aber in Einzelheiten unterschiedlichen – Ausführungsvorschriften wird auf → Rn. 348 ff. verwiesen. Soweit es keine besonderen Ausführungsvorschriften gibt, erfolgt die Vollstreckbarerklärung nach § 1061 ZPO (→ Rn. 428 ff.) unter Berücksichtigung der zwischenstaatlichen Vereinbarungen.
- Kosten.** Für das Verfahren über die Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Schiedsspruchs entsteht gemäß KV Vorb. 1.5 (vor Nr. 1510) GKG eine 2,0-Gerichtsgebühr nach KV Nr. 1620 GKG, der Rechtsanwalt erhält eine 1,3-Verfahrensgebühr nach VV Nr. 3100 RVG sowie ggf. eine 1,2-Terminsgebühr nach VV Nr. 3104 RVG. Der Streitwert ergibt sich aus dem Wert des zu vollstreckbaren Titels ohne Zinsen; Kosten sind nur zu berücksichtigen, wenn über sie ziffernmäßig erkannt ist.²²²
- Rechtsbehelfe.** Die Art der zulässigen Rechtsbehelfe richtet sich nach den jeweiligen Ausführungsvorschriften in Abhängigkeit von dem entscheidenden Gericht, in der Regel ist also die sofortige Beschwerde statthaft bzw. die Rechtsbeschwerde (→ Rn. 387 ff.).
- Kosten der Rechtsbehelfe.** Zu den **Gerichtskosten** einer sofortigen Beschwerde über eine Entscheidung zur Vollstreckbarerklärung ausländischer Schiedssprüche schweigt das GKG. Zwar entsteht nach KV Nr. 1520 GKG im **Rechtsmittelverfahren** über die (in Nr. 1510 u. 1514 genannten) ausländischen Titel eine Festgebühr von 300 EUR (360 EUR),²²³ doch gehören ausländische Schiedssprüche

²²¹ BGH WM 1970, 1050.

²²² BGH ZZP 1957, 234.

²²³ Siehe RegE eines 2. KostRMoG vom 31. 8. 2012, BR-Drs. 517/12.

B. Vollstreckbarerklärung

nach KV Vorb. 1.5 (vor Nr. 1510) nicht in diesen Abschnitt 1, sondern fallen unter KV Nr. 1620 GKG, und für diese Verfahren erwähnt KV Nr. 1628 eine 3,0-Verfahrensgebühr nur für **Rechtsbeschwerdeverfahren**, nicht aber wie KV Nr. 1520 für **Rechtsmittelverfahren**. Damit bleibt für das Beschwerdeverfahren als Gebührentatbestand nur KV Nr. 1812 GKG, mit der Folge, dass nur im Fall der Verwerfung oder Zurückweisung eine Festgebühr von 50 EUR (60 EUR)²²⁴ entsteht. Im Rechtsbeschwerdeverfahren entsteht eine 3,0-Verfahrensgebühr nach KV Nr. 1628 GKG.

- 466 Der **Rechtsanwalt** erhält gemäß VV Vorb. 3.2.1.2 a (vor Nr. 3200), die wegen Vorb. 3.1 Abs. 1 der Vorb. 3.1. Abs. 2 (vor Nr. 3100) RVG vorgeht, im Beschwerde- und Rechtsbeschwerdeverfahren eine 1,6-Verfahrensgebühr nach VV Nr. 3200 und ggf. eine 1,2-Terminsgebühr nach VV Nr. 3202 RVG.

²²⁴ Siehe RegE eines 2. KostRMOG vom 31. 8. 2012, BR-Drs. 517/12.

C. Sicherungsvollstreckung

ZPO § 720a

Schrifttum: Burchard, § 720a ZPO und die „Waffengleichheit“, NJW 2002, 2219; Fölsch, Die Sicherungsvollstreckung aus einem nur gegen Sicherheit vorläufig vollstreckbaren Urteil, NJW 2009, 1128; Graf Lambsdorff, Die Problematik der Sicherungsvollstreckung, NJW 2002, 1303.

Die Sicherungsvollstreckung (§ 720a ZPO) ermöglicht einem **Gläubiger**, der die zur Einleitung der Zwangsvollstreckung an sich erforderliche Sicherheit nicht aufbringen will oder kann, **ohne vorherige Sicherheitsleistung** mit rangwahrender Wirkung Pfändungsmaßnahmen zu veranlassen und so dem Risiko entgegen zu wirken, der Schuldner könne Vermögen beiseite schaffen oder in Vermögensverfall geraten. Einerseits erleichtert das Verfahren also die Vollstreckung durch den Verzicht auf die Sicherheitsleistung, andererseits beschränkt es die Wirkung der Vollstreckung vorläufig auf Pfändung statt Befriedigung.

Die Sicherungsvollstreckung findet **aus folgenden Titeln** statt: 2

– auf Leistung von Geld gerichtete Urteile, wenn das Urteil nur gegen Sicherheit vorläufig vollstreckbar (§§ 709, 712 Abs. 2 S. 2, 720a Abs. 1 ZPO) oder die Beschränkung auf Sicherungsmaßnahmen in der Urteilsformel angeordnet ist (§ 712 Abs. 1 S. 2 Fall 2 ZPO); 3

– Kostenfestsetzungsbeschlüsse auf der Grundlage der vorgenannten Urteile (§ 795 S. 2 ZPO). 4

Nicht anwendbar ist § 720a ZPO auf: 5

– Urteile, die ohne Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbar sind (§ 708 ZPO), auch wenn der Schuldner die Vollstreckung durch Sicherheitsleistung abwenden darf (§§ 711, 712 Abs. 1 S. 1 ZPO);¹ 6

– Arreste, deren Vollziehung von einer Sicherheitsleistung abhängt;² 7

– familiengerichtliche Beschlüsse, weil diese erst bei Wirksamwerden, dann aber ohne Sicherheitsleistung vollstreckbar sind (§§ 116 Abs. 3, 120 Abs. 2 FamFG bzw. §§ 40, 86 Abs. 2 FamFG).³ 8

Bis auf den Nachweis der Sicherheitsleistung (§ 751 Abs. 2 ZPO) müssen alle übrigen **allgemeinen** und **besonderen Voraussetzungen** der Zwangsvollstreckung (→ A) erfüllt sein. 9

Schließlich muss vor Beginn der Sicherungsvollstreckung die **Wartefrist** abgelaufen sein, dh der Titel und die besondere (§ 750 Abs. 2 ZPO) – nicht aber die einfache⁴ – Vollstreckungsklausel müssen dem Schuldner **zwei Wochen** vor Beginn der Sicherungsvollstreckung **zugestellt** worden sein (§ 750 Abs. 3 ZPO). Für die Sicherungsvollstreckung aus einem selbstständigen (nicht auf das Urteil gesetzten) Kostenfestsetzungsbeschluss ist die vorherige Zustellung des Urteils nicht erforderlich. Für die **Zuständigkeit** des Vollstreckungsorgans ergeben sich keine Besonderheiten. 11

¹ MüKoZPO/Krüger § 720a Rn. 2; Stein/Jonas/Münzberg § 720a ZPO Rn. 3; Zöller/Stöber § 720a ZPO Rn. 2; LG Heidelberg MDR 1993, 272; aA BLAH § 720a ZPO Rn. 3.

² OLG München NJW-RR 1988, 1466; BLAH § 720a Rn. 3; MüKoZPO/Krüger § 720a ZPO Rn. 2 Fn. 3; Christmann DGVZ 1993, 310.

³ BLAH § 720a ZPO Rn. 3; Fölsch NJW 2009, 1128, 1129.

⁴ BGH MDR 2005, 1433; Zöller/Stöber § 750 ZPO Rn. 23.

C. Sicherungsvollstreckung

- 12 Soweit in eine Forderung vollstreckt werden soll, entscheidet der Rechtspfleger des Vollstreckungsgerichts durch einen Pfändungsbeschluss. Die Überweisung der gepfändeten Forderung geht demgegenüber über die bloße Sicherung hinaus und kommt nicht in Betracht. Wegen des **Beispiels** eines Pfändungsbeschlusses → H Rn. 27, 87, 100 mit der Maßgabe, dass die Überweisung entfällt.
- 13 Die **Wirkung** der Sicherungsvollstreckung erschöpft sich in der Verschaffung einer Sicherung des Gläubigers durch
- 14 – Pfändung – einschließlich Vorphändung⁵ – des beweglichen Vermögens des Schuldners (§ 720a Abs. 1 S. 1 Buchst. a ZPO), also von körperlichen Sachen, Forderungen und anderen Vermögensrechten;
- 15 – Eintragung einer Sicherungs- oder Schiffshypothek in das unbewegliche Vermögen (§ 720a Abs. 1 S. 1 Buchst. b ZPO);
- 16 – Betreiben des Vermögensoffenbarungsverfahrens.⁶
- 17 Gepfändetes Geld ist zu hinterlegen (§§ 930 Abs. 2, 720a Abs. 2 ZPO), ebenso der Erlös einer Notversteigerung (§§ 930 Abs. 3, 720a Abs. 2 ZPO). Dagegen ist die **Verwertung** im Rahmen der Sicherungsvollstreckung **ausgeschlossen** (§ 720 Abs. 1 S. 2 ZPO).
- 18 Der **Schuldner** kann die Sicherungsvollstreckung auch ohne besonderen Anspruch dadurch **abwenden**, dass er seinerseits Sicherheit in Höhe der Urteilssumme bzw. der festgesetzten Kosten – ohne Nebenkosten und Sicherheitsaufschlag – leistet (§ 720a Abs. 3 ZPO; wegen weiterer Einzelheiten → A Rn. 306 ff.).
- 19 Wendet der Schuldner die Sicherungsvollstreckung ab oder will der **Gläubiger** aus dem gepfändeten Gegenstand über die Sicherung hinaus Befriedigung erlangen (§ 720a Abs. 1 S. 2 ZPO), bleibt ihm nur die „normale“ Zwangsvollstreckung, sobald und soweit das Urteil **rechtskräftig** ist **oder** er die im Urteil angeordnete **Sicherheit** leistet; auf bloße Sicherungsmaßnahmen ist er dann nicht beschränkt.

⁵ BGH NJW 1985, 863; MüKoZPO/Krüger § 720a Rn. 4; Zöller/Stöber § 720a ZPO Rn. 7.

⁶ BGH NJW-RR 2007, 416; 2006, 996; BLAH § 720a ZPO Rn. 4; MüKoZPO/Krüger § 720a Rn. 4; Thomas/Putzo/Seiler § 720a ZPO Rn. 6 a, 8; Zöller/Stöber § 720a ZPO Rn. 7; aA Dressel Rpfleger 1991, 43.